ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Klingemann, Hans-Dieter

**Lecture**

# Die Entstehung wettbewerbsorientierter Parteiensysteme in Osteuropa: vorgetragen am 27. Mai 1993

Jahrbuch / Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft, BWG - 1993

**Provided in Cooperation with:**
WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Klingemann, Hans-Dieter (1994) : Die Entstehung wettbewerbsorientierter Parteiensysteme in Osteuropa: vorgetragen am 27. Mai 1993, Jahrbuch / Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft, BWG - 1993, ISSN 0171-3304, Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft, Berlin, pp. 203-230

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/111980

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

Hans-Dieter Klingemann

# Die Entstehung wettbewerbsorientierter Parteiensysteme in Osteuropa[1]

(Vorgetragen am 27. Mai 1993)

## Einleitung

Moderne Demokratien sind ohne politische Parteien nicht denkbar*. Ohne sie kann Politik in hochdifferenzierten Gesellschaften nicht effektiv gestaltet werden. Diese Behauptung Schattschneiders (1942, S. 1) trifft die Realität westlicher Demokratien auch heute. Zwar werden seit mindestens zwanzig Jahren in einer kaum mehr zu übersehenden Fülle von Veröffentlichungen Krise, Niedergang und Zerfall der Parteiendemokratien vorausgesagt, doch hat sich diese Voraussage bisher nicht bestätigt. Bartolini/Mair, die eine sehr sorgfältige Analyse der langfristigen Entwicklung der europäischen Parteiendemokratien vorgelegt haben, ziehen daraus die folgende Schlußfolgerung: „The one element to emerge with greatest clarity from our analysis is that this century of mass politics in Western Europe can be seen as a century of electoral stabilization. Nothwithstanding the seductive imagery of transformation which permeates many of the prevailing interpretations of Western European politics, it is clear that, in the long term, the bonds which tie the electorates into a set of political identities and alignments have demonstrated their resilience." (Bartolino/Mair 1990, S. 287) Krise, Niedergang und Zerfall westlicher Parteiendemokratien sind angesichts der tatsächlich zu beobachtenden Veränderungen also weniger erklärungsbedürftig als ihr hoher Grad der Anpassungs- und Leistungsfähigkeit.

---

* Erstmals publiziert im „Jahrbuch 1994" des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, hrsg. Wolfgang Zapf und Meinolf Dierkes, Institutionenvergleich und Insitutionendynamik, Berlin 1994, S. 13–18.

1 Für eine kritische Durchsicht des Textes danke ich Dieter Fuchs, Edeltraut Roller und Bernhard Weßels. Nicolas Schleyer hat bei der Aufarbeitung der Daten geholfen. Auch ihm sei an dieser Stelle noch einmal gedankt.

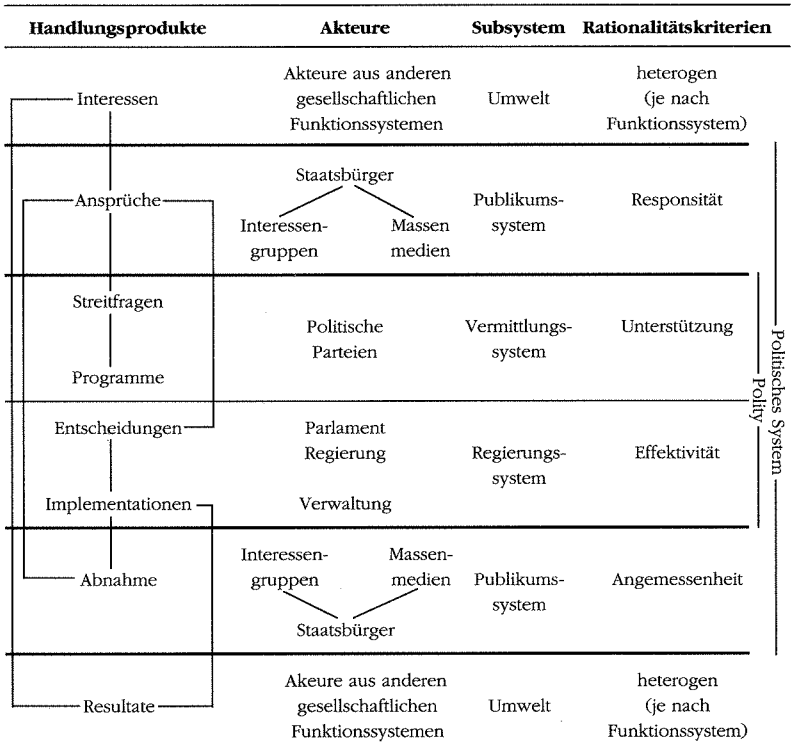
Werden sich auch die neuen Demokratien Osteuropas notwendig zu Parteiendemokratien entwickeln? Werden sie ein Herrschaftssystem ausbilden, in dem demokratisch legitimierte Parteien den politischen Entscheidungsprozeß dominieren (Castles/Wildenmann 1986)? Das rasche Verschwinden von Gremien, wie etwa die „Runden Tische", und sozialen Bewegungen und das Entstehen einer Vielzahl politischer Parteien deuten in diese Richtung. Eine systematische Bestandsaufnahme steht jedoch noch aus. Diese Analyse ist ein erster Beitrag zu der allgemeinen Problematik. Nach theoretischen Überlegungen zum Begriff der politischen Partei, zu ihrer Funktion im demokratischen politischen Prozeß und zur Ausgangssituation des Parteienwettbewerbs in Osteuropa werden, auch in deskriptiver Absicht, Zahl und Stärke der Parteien in den Parlamenten, ihre programmatische Grundorientierung und ihre Beziehung zu den historischen geprägten politischen, konfessionellen und ethnischen Strukturen dargestellt.

## Theoretische Orientierung

Man kann häufig hören, daß es in den osteuropäischen Ländern eigentlich noch gar keine „richtigen" politischen Parteien gibt. Begründet wird diese Meinung vor allem mit der Personalisierung der Politik, dem niedrigen Organisationsgrad der bestehenden Parteien, fehlender oder relativ unverbindlicher Programmatik, einer geringen Unterstützung in der Bevölkerung und der großen Zahl von Parteien, die rasch wieder verschwinden. Für diese Behauptungen gibt es sicher Anhaltspunkte. Eine generelle Antwort auf die Frage, ob es in den osteuropäischen Ländern politische Parteien gibt oder nicht, ist jedoch erst dann möglich, wenn geklärt ist, welche Merkmale eine politische Partei in besonderer Weise kennzeichnen. Woran kann man eine politische Partei erkennen? Pomper (1992, S. 150) hat analytisch wichtige Definitionskriterien diskutiert und vorgeschlagen, zwischen acht Parteikonzepten zu unterscheiden. Katz/Mair (1992, S. 36) gehen eher historisch vor und beschreiben die Entwicklung von Elite-, Massen-, Allerwelts- und Kartell-Parteien. Bezogen auf den Kenntnisstand der Verhältnisse in Osteuropa, ist jedoch zunächst einmal eine Minimaldefinition der politischen Partei gefordert. Über eine solche Minimaldefinition besteht in der Politikwissenschaft weitgehend Einigkeit. Sartori (1976, S. 64) faßt sie wie folgt zusammen: „A party is any political group identified by an official label that presents at elections, and is capable of placing through elections, candidates for public office." Diese Minimaldefinition ist auf die Wahl bezogen, betont den Gruppencharakter der politischen Partei, ihre Funktion für die Auswahl von Kandidaten für öffentliche Ämter und ihre

Fähigkeit, solche Kandidaten in Wahlen auch durchzusetzen und in die Parlamente zu bringen. Der offizielle Parteiname steht für die programmatische Grundorientierung. Legt man diese Minimaldefinition zugrunde, dann besteht kein Zweifel darüber, daß es seit den ersten Wahlen auch in Osteuropa „richtige" politische Parteien gibt.

Warum sind politische Parteien für den demokratischen politischen Prozeß wichtig? Politische Parteien sind die zentralen kollektiven Akteure, die zwischen dem Publikumssystem auf der einen Seite und dem Regierungssystem auf der anderen Seite vermitteln. Die spezifischen Funktionen der Parteien werden in der Literatur in unterschiedlicher Weise beschrieben. Für die Zwecke dieser Analyse wird ein Modell herangezogen, das die Programmfunktion der politischen Parteien betont und system- und handlungstheoretische Überlegungen integriert (Fuchs 1993). Nach diesem Modell (vgl. Abbildung 1) wählen die politischen Parteien aus der Fülle der




Quelle Fuchs (1993, S.32)

Abbildung 1: Ein Modell des demokratischen Prozesses

Ansprüche der Bürger eine bestimmte Teilmenge aus, entwickeln Problemlösungen, stellen sie zur Diskussion und werben bei Wahlen um die Unterstützung ihrer Positionen durch die Bürger. Die Regierungsparteien können dann auf der Grundlage der Wahlentscheidung der Bürger ihre programmatischen Absichten in den jeweiligen Politikfeldern unter Sachgesichtspunkten realisieren. Politische Parteien sind demnach unverzichtbare Organisationen, um unter den Bedingungen hochdifferenzierter Gesellschaften den politischen Prozeß rational und effektiv zu gestalten.

Die Kriterien, nach denen politischen Parteien Ansprüche der Bürger aufgreifen und nach denen sie Lösungsvorschläge ausarbeiten, sind durchaus unterschiedlich. Downs unterscheidet zwischen einer „office seeking"- und einer „policy seeking"-Perspektive. Seine Hypothese lautet "Parties formulate policies in order to win elections, rather than win elections in order to formulate policies." (Downs 1957, S. 27–28) Diese Hypothese ist zwar auf die entwickelten Demokratien des Westens bezogen, sie ist aber auch für die nachrevolutionäre Situation der postkommunistischen Gesellschaften nicht unplausibel. Der politische Markt ist hier, was die Parteien angeht, noch weitgehend offen. Und es gibt erkennbar nicht wenige frei flottierende Koalitionen von Politikern, die Parteien gründen oder gründen wollen und in völlig instrumenteller Weise versprechen, im Falle der Wahl bestimmte Ansprüche der Bürger zu befriedigen. Dieser Strategie sind allerdings Grenzen gesetzt. Für politische Akteure „ohne Vergangenheit" gilt die Beliebigkeit der programmatischen Positionierung allerdings nur für die erste Wahl. Bei der zweiten Wahl kann man davon ausgehen, daß sich die Wähler, die Interessenorganisationen und die Massenmedien daran erinnern werden, wer sich zum Anwalt welcher Interessen gemacht hatte. Und wer sich etwa vom Sozialisten zum Konservativen wandeln will, weil ihm das für die nächsten Wahlen erfolgversprechender erscheint, muß dafür schon gute Gründe vorbringen können. Für politische Akteure „mit Vergangenheit" gelten solche Grenzen schon bei der ersten Wahl. Das betrifft vor allem die reformierten kommunistischen Parteien, die Blockparteien und die Angehörigen der ehemaligen Nomenklatura. Sie gelten aber auch für Politiker, die als Schriftsteller, Wissenschaftler oder Künstler zum Sturz des alten Regimes beigetragen haben. Diese Vergangenheit bestimmt die Glaubwürdigkeit, mit der Politiker bei Wahlen bestimmte Positionen vertreten können. Auch die ethnische oder konfessionelle Zugehörigkeit der politischen Führungsgruppen zieht Grenzen. Die Vertretung der Interessen einer ethnischen Minderheit traut man solchen Politikern eher zu, die der gleichen Ethnie angehören. Für konfessionelle Interessen gilt dieselbe Logik. Für alle politischen Akteure „mit Vergangenheit" kann der Wettbewerb um Wählerstimmen also nicht von einer beliebigen programmatischen Position aus beginnen. Dies trifft, allgemein ausgedrückt, für al-

le Parteien zu, die programmatisch in besonderer Weise festgelegt sind und darin „a spiritual proximity, a kind of consanguinity of minds" (Duverger 1954, S. 125) sehen.

Politische Parteien müssen in der Regel nicht nur zu einer, sondern zu einer Vielzahl von politischen Streitfragen Stellung nehmen. Die Art, wie sie dies tun, bestimmt das jeweilige programmatische Profil und damit langfristig auch ihre Identität. Sie müssen sowohl über die Wichtigkeit der politischen Streitfragen als auch über die Art der Problemlösungen für die je einzelnen politischen Streitfragen entscheiden. Folgt eine Partei bei der Lösung dieser Fragen stets einem übergeordneten Prinzip, das auch zur Respezifizierung der je einzelnen Problemlösungen taugt, dann ist das programmatische Profil stimmig (relationiert), die Identität gewahrt und der programmatische Idealpunkt fixiert (Laver 1989, S. 314). Dies entspricht dem Verhalten einer „policy seeking"-Partei. Die „office seeking"-Partei käme zu einem gleichen Resultat nur dann, wenn diese Art der Relationierung auch zur Stimmenmaximierung führen würde. Natürlich sind reine „office seeking"- und reine „policy seeking"-Parteien nur Idealtypen. In der politischen Wirklichkeit müssen politische Parteien beide Aspekte miteinander versöhnen. Ein klares Profil sollte auch mehrheitsfähig sein.

Auch die neuen politischen Parteien Osteuropas müssen sich sowohl um ein klares programmatisches Profil als auch um Mehrheiten bemühen. Um Wahlen zu gewinnen, muß eine Partei ein klares programmatisches Profil entwickeln und Personen auswählen, die dieses Programm glaubwürdig vertreten können. Es müssen politische Angebote gemacht werden, die in der Bevölkerung auf Resonanz stoßen. In der Umbruchsituation Osteuropas gelingt dies, so unsere These, den Parteien am besten, *die an die Interessen sozio-kultureller Wertgemeinschaften anknüpfen*. Parteien, die „klassische" politische Ideologien aufgreifen, werden es in Osteuropa schwerer haben, weil die Inhalte und die Konsequenzen solcher Ideologien der Bevölkerung, aber auch den politischen Führungsgruppen weniger vertraut sind. Dies gilt, aus naheliegenden Gründen, allerdings nicht für die *reformierten kommunistischen Parteien*.

Die ethnischen, konfessionellen und bäuerlichen Gemeinschaften, aber auch die Nation stiften in Umbruchsituationen erste, vertraute Orientierungen. Auf sozio-kulturelle Gemeinschaften dieser Art, deren historische Wurzeln weit zurückreichen und die nicht nur die kommunistische Herrschaft überdauert haben, richtet sich daher auch das besondere Augenmerk der Politiker, die nach Unterstützung suchen. Die mit den Anliegen soziokultureller Gruppierungen verbundenen Konflikte können in der Regel leicht politisiert werden, weil die damit angesprochenen Wertinteressen in der Bevölkerung seit langem verwurzelt und als kontrovers bekannt sind. Aus den prinzipiellen Gegensätzen, die den Kern dieser Konflikte

ausmachen, können stimmige Antworten auf die vielfältigen politischen Tagesprobleme abgeleitet und somit auch das schwierige Problem der Relationierung des politischen Programms gelöst werden. Es gibt also, das sei festgehalten, in Osteuropa schon bei den „founding elections" soziale Gruppierungen mit divergierenden Wertinteressen, die politisierbar sind. Klar erkennbar ist dies im Falle der ethnischen und der konfessionellen Parteien. Diesen Aspekt pflegen Analysen, die von einem nur geringen Grad sozialer Differenzierung in Osteuropa ausgehen, in der Regel zu vernachlässigen (Offe 1991; Ost 1991).

Das Argument der Vertrautheit gilt auch für die reformierten kommunistischen Parteien. Sie sind als Nachfolgeparteien der alten kommunistischen Parteien und ihrer Ideologie klar erkennbar, und sie können auf die Unterstützung derjenigen zählen, die durch den Regimewechsel Privilegien und Status verloren haben oder bedroht sehen. Insoweit haben auch die reformierten kommunistischen Parteien wie die sozio-kulturellen Parteien eine Basis. Diese Basis ist jedoch *politisch* und nicht sozio-kulturell definiert. Politisch begründet ist auch die Unterstützung der *Gegner* des alten kommunistischen Regimes. Die Regimeopposition hat sich oft in umfassenden Bündnissen solcher Parteien, die gemeinsam die Konzepte der liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft vertreten haben, den reformierten Kommunisten *insgesamt* entgegengestellt. Dieser politische Aspekt des Einflusses des *Regimewechsels* auf die Entstehung wettbewerbsorientierter Parteiensysteme in Osteuropa ist wichtig. Wir wollen ihn hier jedoch nicht weiter verfolgen. Im Vordergrund des Interesses unserer Analyse stehen vielmehr die sozio-kulturellen und die neuen Programmparteien. Diese Frage ist vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion besonders relevant, die behauptet, die Entwicklung der liberalen Demokratie in den postkommunistischen Gesellschaften sei wegen der sozialen Unterkomplexität und den damit verbundenen Problemen gehemmt.

Warum haben es *Programmparteien, die an klassische Traditionen anknüpfen,* schwerer? Die Anknüpfung an die „klassischen" Ideologien, deren langfristige Konsequenzen politische Führungsgruppen und Wähler in Osteuropa am „eigenen Leibe" noch nicht erfahren haben, ist hoch voraussetzungsvoll. Die Prinzipien und die Realität konservativer, liberaler, sozialdemokratischer und ökologischer Politik müssen von den osteuropäischen Parteien und Wählern erst (wieder) gelernt und durchlebt werden. Dies ist – auch für die Anhänger „historischer" Parteien, soweit es die Erfahrung betrifft – wohl erst dann möglich, wenn die Parteien ausreichend Gelegenheit gehabt haben, die Nützlichkeit ihrer Prinzipien für die praktische Politik unter Beweis zu stellen.

Der Versuch der historischen Parteien, an programmatische Traditionen anzuknüpfen, ist verständlich. Daß auch sich neu formierende Parteien oh-

ne jede Tradition versuchen, unter Rückgriff auf die aus dem Westen vertrauten ideologischen Entwürfe Identität und Wahlen zu gewinnen, ist erklärungsbedürftig. Zwei Gründe scheinen hierfür eine Rolle zu spielen. Einerseits können umfassende neue politische Ideologien so einfach nicht entwickelt werden. Andererseits exportieren etablierte westliche Parteien Programmatik nach Osteuropa. Dies zeigt sich in einer entsprechenden politischen Bildungsarbeit und materieller und organisatorischer Hilfestellung durch die Parteien im Westen für die neuen Schwesterparteien im Osten. Der Prestigegewinn, der etwa mit der Aufnahme einer neuen Partei in einen der großen internationalen Parteienbünde einhergeht, tut ein übriges. Alle diese Aspekte wirken zusammen. Das Ergebnis ist, daß sich die meisten osteuropäischen Programmparteien, zumindest in einer ersten Annäherung, ohne größere Schwierigkeiten den aus den westlichen Demokratien vertrauten Parteifamilien zuordenen lassen. Im Gegensatz zu den sozio-kulturellen und den reformierten kommunistischen Parteien müssen sich jedoch die Programmparteien ihre Anhängerschaft durch erfolgreiche Politik erst noch schaffen. Auch dies spricht dafür, daß sich ihre Stärke und Stellung im Parteiensystem erst in einer längeren Abfolge von Wahlen, nicht aber bereits in der ersten Wahl herausbildet. Ob dies tatsächlich der Fall ist, sollten in einer ersten Annäherung die Ergebnisse der zweiten Parlamentswahlen zeigen, die es in zehn osteuropäischen Ländern bis zum November 1993 bereits gegeben hat.

Die bisherigen Überlegungen legen nahe, die politischen Parteien in drei Gruppen einzuteilen. Die erste Gruppe soll die *sozio-kulturellen Parteien* umfassen, die in ihrer Programmatik vor allem die Interessen sozio-kultureller Gemeinschaften ausdrücken. Dazu zählen die ethnischen, die konfessionellen die nationalen oder nationalistischen und die Bauernparteien. Die dritte Gruppe bilden die *neuen Programmparteien,* mit Ausnahme der Kommunisten. Darunter fallen die konservativen, die liberalen, die ökologischen und die sozialdemokratischen Parteien. Die *reformierten kommunistischen Parteien* werden zwischen den sozio-kulturellen und den Programmparteien angesiedelt. Einerseits kann nicht bestritten werden, daß ihr programmatischer Anknüpfungspunkt, der Kommunismus oder Sozialismus, zu den klassischen Ideologien gezählt werden muß. Andererseits gilt aber auch, daß sie den Bevölkerungen in Osteuropa vertraut sind und bereits eine Kernklientel in den Wettbewerb um Wählerstimmen einbringen. Dies trifft auf die neuen Programmparteien nicht zu. Aus diesem Grunde bilden die Nachfolgeparteien der Kommunisten eine gesonderte, die zweite Gruppe der hier betrachteten Parteien (vgl. Abbildung 2).

In seinem Beitrag „Founding Elections and Regime Change" hat Bogdanor (1990, S. 290) argumentiert, daß „... founding elections could not be expected to give a very clear picture of the real cleavages likely to divide

| Sozio-kulturelle Parteien | Reformierte kommunistische Parteien | Neue Programmparteien |
|---|---|---|
| Ethnische Parteien (ETH) | Reformierte kommunistische Parteien (KOM) | Konservative Parteien (KON) |
| Konfessionelle Parteien (CHR) | | Liberale Parteien (LIB) |
| Bauernparteien (BAU) | | Ökologische Parteien (ÖKO) |
| Nationale/ nationalistische Parteien (NAT) | | Sozialdemokratische Parteien (SOZ) |

Abbildung 2: Gruppierung der politischen Parteien nach Parteifamilien

the polity in normal times". Wir übernehmen diese These für die neuen Programmparteien. Hier sind die Wissens- und Erfahrungsdefizite groß, auch fehlt weitgehend noch eine soziale Basis. Für die Entwicklung der neuen Programmparteien bedarf es einer längeren Zeitperspektive. Wir übernehmen die These jedoch nicht für die reformierten kommunistischen Parteien. Diese stehen, für die Bevölkerung klar erkennbar, in der Tradition der alten kommunistischen Parteien und sind schon aus diesem Grunde bereits bei der ersten Wahl Akteur in den neuen Parteiensystemen. Wir übernehmen die These auch nicht für die sozio-kulturell verankerten Parteien. Das „Urgestein" der Wertinteressen, so die Behauptung, finde bereits in der ersten Wahl Ausdruck in den neu entstehenden Parteiensystemen Osteuropas.

Diese Respezifizierung der These Bogdanors soll in der empirischen Analyse überprüft werden. Das setzt eine Zuordnung der politischen Parteien zu den beschriebenen Parteifamilien voraus und verlangt nach einem Indikator für das relative Gewicht der Parteifamilien. Im ersten Analyseschritt wird das Abschneiden der Parteifamilien bei der ersten Wahl kurz vorgestellt. Für die osteuropäischen Ländern, in denen es bereits zwei Parlamentswahlen mit Parteienwettbewerb gegeben hat, wird dann die Entwicklung der Parteien von der ersten zur zweiten Wahl verglichen. Hierdurch können erste Anhaltspunkte zur Geltung der vorgestellten Thesen gewonnen werden. Im zweiten Analyseschritt wird die Beziehung der Stärke der Parteien zu Indikatoren sozio-kultureller Spannungen geprüft. Dies soll Aussagen über die soziale Basis der betrachteten Parteifamilien erlauben.

# Empirische Analyse

## Vorbemerkungen zur Datenbasis

### Osteuropäische Länder und Parlamentswahlen mit Parteienwettbewerb

Welche Länder gehören zu Osteuropa, und wo gab es Parlamentswahlen mit Parteienwettbewerb? Die Frage wird für diese Analyse in einem umfassenden Sinne beantwortet. Unter dem Begriff „Osteuropa" werden (aus pragmatischen Gründen) alle europäischen, ehemals kommunistischen Länder zusammengefaßt. Es zählen dazu die mitteleuropäischen Staaten ebenso wie die des Balkans und die europäischen Teile der ehemaligen Sowjetunion, einschließlich des Transkaukasus. Insgesamt sind dies heute 23 souveräne Staaten; bis zur Wiedervereinigung Deutschlands waren es mit der DDR 24.

Von diesen Ländern werden in die Untersuchung alle diejenigen einbezogen, die nach der Überwindung des kommunistischen Regimes mindestens eine Parlamentswahl mit Parteienwettbewerb auf nationaler Ebene ausgerichtet haben. Dies ist bis heute (November 1993) nur in sechs der europäischen (ehemaligen) Sowjetrepubliken noch nicht geschehen (Moldawien, Weißrußland, Rußland, Ukraine, Armenien, Aserbaidschan). Es ist also möglich, die bei einer „founding election" um Wählerstimmen werbenden Parteien und die Struktur der Parteiensysteme in 18 Ländern vergleichend zu betrachten. In zehn Ländern hat es bereits zwei Parlamentswahlen gegeben. Hier können Veränderungen von der ersten zur zweiten Wahl ermittelt werden. Insgesamt haben in den 18 Ländern, rechnet man die erste „halbfreie" Wahl in Polen 1989 nicht ein, 28 Parlamentswahlen stattgefunden (vgl. Tabelle 1).

### Kriterien für die Einbeziehung der politischen Parteien in die Analyse

In dieser Analyse werden alle politischen Parteien betrachtet, die der Sartorischen Minimaldefinition entsprechen und bei den Wahlen mindestens zwei Sitze in den Parlamenten erringen konnten. Daß die Parteien, zusätzlich zur Sartorischen Minimaldefinition, mindestens *zwei* Abgeordnete stellen müssen, ist ein Relevanzkriterium, das gänzlich unbedeutende Parteien aus der Betrachtung ausschließen soll.

Insgesamt sind bei den ersten Wahlen 140, bei den zweiten Wahlen 64 Parteien mit mindestens zwei Abgeordneten in die Parlamente eingezogen. Bezogen auf die Länder, die bereits zweimal gewählt haben, hat sich die

Tabelle 1: Parlamentswahlen in Osteuropa

| Länder | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | Insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Deutsche Demokratische Republik | – | × | – | – | – | 1 |
| Polen | (×) | – | × | – | × | 2 |
| Tschechische Republik | – | × | – | × | – | 2 |
| Slowakische Republik | – | × | – | × | – | 2 |
| Ungarn | – | × | – | – | – | 1 |
| Slowenien | – | × | – | × | – | 2 |
| Kroatien | – | × | – | × | – | 2 |
| Bosnien-Herzegowina | – | × | – | – | – | 1 |
| Montenegro | – | × | – | × | – | 2 |
| Serbien | – | × | – | × | – | 2 |
| Mazedonien | – | × | – | – | – | 1 |
| Bulgarien | – | × | × | – | – | 2 |
| Albanien | – | – | × | × | – | 2 |
| Maldowien | – | – | – | – | – | – |
| Rumänien | – | × | – | × | – | 2 |
| Estland | – | – | – | × | – | 1 |
| Lettland | – | – | – | – | × | 1 |
| Litauen | – | – | – | × | – | 1 |
| Weißrußland | – | – | – | – | – | – |
| Rußland | – | – | – | – | – | – |
| Ukraine | – | – | – | – | – | – |
| Armenien | – | – | – | – | – | – |
| Georgien | – | – | – | × | – | 1 |
| Aserbaidschan | – | – | – | – | – | – |
| Insgesamt | (1) | 12 | 3 | 11 | 2 | 28 |

Zahl der Parteien in den Parlamenten von 71 auf 64 verringert. Dies ist jedoch kein allgemeiner Trend. Die durchschnittliche Verringerung wird vor allem durch die Wahlrechtsänderung in Polen und die dadurch bewirkte drastische Reduzierung der Zahl der Parteien im Sejm (–11) und durch die Entwicklung in Rumänien (–4), der Slowakei, Bulgarien (–2) und Slowenien (–1) bewirkt. In Kroatien (+6), Tschechien (+4), aber auch, wenngleich nur geringfügig, in Serbien, Montenegro und Albanien (+1) ist die Zahl der in den Parlamenten vertretenen Parteien dagegen angestiegen. Um die Ursachen der Entwicklung der Zahl der Parteien angemessen beurteilen zu können, müßte insbesondere die Ausgestaltung des Wahlrechts in die Betrachtung einbezogen werden. Dies wird in dieser Analyse jedoch nicht geleistet. Angemerkt werden soll, daß ein Wahlbündnis mehrerer Parteien in dieser Untersuchung als eine „Partei" gezählt wird, weil die in Wahlbündnissen gemeinsam kandidierenden Parteien sich in der Regel auch auf eine gemeinsame programmatische Plattform geeinigt haben.

## Die Zuordnung der Parteien zu den Parteifamilien

Für die vergleichende Analyse müssen die politischen Parteien den in der theoretischen Orientierung beschriebenen und in Abbildung 2 noch einmal zusammengefaßten Parteifamilien zugeordnet werden. Diese Zuordnung stützt sich auf die vorhandene Literatur, auf Quellenanalysen und Expertenurteile. Von der über die Parteifamilien Westeuropas verfügbare Literatur, die die ideologischen Grundströmungen und die einzelnen Parteien darstellt, seien erwähnt Brian Girvin (1988) für die konservativen Parteien, Emil J. Kirchner (1988) für die liberalen Parteien, Ferdinand Müller-Rommel (1993) für die ökologischen Parteien, William E. Paterson/Alastair H. Thomas (1977) für die sozialdemokratischen Parteien und Dieter Oberndörfer (1978) und Hans Rühle/Hans-Joachim Veen (1979) für die sozialistischen und kommunistischen Parteien sowie R.E.M. Irving (1979) für die christlich-demokratischen Parteien. Der von Bogdan Szajkowski (1991) herausgegebene Band „New Political Parties in Eastern Europe and the Soviet Union" ist wie die Berichte über die einzelnen Wahlen, die in den Research Reports des Radio Free Europe, Radio Liberty und Electoral Studies erschienen sind, eine hervorragende Quelle zur programmatischen Einordnung der osteuropäischen Parteien. Darüber hinaus stehen Wahlprogramme, die im Rahmen des Comparative Manifestos Project gesammelt wurden, für Albanien (1991, 1992), Bulgarien (1990), Polen (1991), Rumänien (1992) und Ungarn (1990) zur programmatischen Ortsbestimmung der Parteien zur Verfügung. Natürlich gibt es bei der Zuordnung der Parteien Grenzfälle und Unschärfen. Das betrifft besonders die liberale Parteifamilie, weil auch fast alle nichtliberalen Parteien, in der historischen Situation verständlich, typisch liberale Themen oder Positionen der Verfassungs- und Rechtspolitik, aber auch der Wirtschaftspolitik vertreten haben. Aus diesem Grunde wurden insbesondere die antikommunistischen Wahlbündnisse im Zweifelsfall den Liberalen zugerechnet. Grenzfälle der Zuordnung ergaben sich auch bei den nationalen oder nationalistischen Parteien. Parteien, die Affinitäten auch zu einer anderen Parteifamilie besaßen, wurden im Zweifel den nationalen oder nationalistischen Parteien dann zugeordnet, wenn sie programmatisch primär für die Bildung eines eigenen, souveränen Staates eingetreten sind oder chauvinistische Positionen bezogen haben. In einigen Fällen waren christdemokratische und Bauernparteien nicht eindeutig abzugrenzen, wie z.B. bei der Christlich-Demokratischen Bauernpartei Rumäniens. Hier entschied der Zusatz „Bauernpartei", der die programmatische Richtungsangabe präzisiert. In der großen Mehrzahl der Fälle fiel die Zuordnung allerdings nicht schwer. Von den insgesamt 203 Fällen, die klassifiziert werden sollten, konnten letztlich nur zwei, die Partei X in Polen und die Union der Gotteskinder in Georgi-

en, nicht zugeordnet werden. Diese beiden Parteien werden bei der weiteren Analyse nicht berücksichtigt.

## Die Stärke der einzelnen Parteifamilien bei Wahlen

Durch die Klassifikation der Parteien nach Parteifamilien wird es möglich, ihre Stärkeverhältnisse bei Wahlen innerhalb und zwischen den Ländern in systematischer Weise zu betrachten. Als Indikator der Stärke der Parteifamilien wird der relative Anteil ihrer Sitze im Parlament verwendet. Diese Maßzahl spiegelt die Repräsentanz der Parteien in den Vertretungskörperschaften wider. Der Sitzanteil einer Partei im Parlament kann, bei einer entsprechenden Gestaltung des Wahlrechts, vom bei der Wahl erzielten relativen Stimmenanteil abweichen. Ein drastisches Beispiel dafür ist Ungarn, wo das Demokratische Forum bei den Wahlen vom April 1990 mit einem Anteil von nur 24,7 Prozent der Stimmen 42,5 Prozent der Sitze erringen konnte. Bei der Fragestellung dieser Analyse hätte es sich daher angeboten, den relativen Stimmenanteil der Parteien als Indikator für ihre jeweilige Stärke heranzuziehen. Dies war deshalb nicht möglich, weil diese Information für einige Länder schlicht nicht zu erhalten war. Sitzanteile und Stimmanteile hängen in der Regel jedoch erfahrungsgemäß eng miteinander zusammen. Aus diesem Grund wird angenommen, daß der Sitzanteil wenigstens einen groben Anhaltspunkt für das Stärkeverhältnis der Parteien in der Wählerschaft bietet. Nehmen in einem Land bei einer Wahl mehrere Parteien der gleichen Parteifamilie teil, dann ergibt sich die relative Stärke der Parteifamilie aus der Summe der relativen Sitzanteile dieser Parteien. Die Ergebnisse der Klassifikation und die relative Stärke der Parteifamilien bei den ersten und zweiten Parlamentswahlen sind in den Tabellen 2 und 3 zusammengefaßt.

## Auftreten, Stärkeverhältnis und Entwicklung der Parteifamilien

In diesem Abschnitt werden, auch in deskriptiver Absicht, Auftreten, Stärkeverhältnis und Entwicklung der sozio-kulturellen, der reformierten kommunistischen und der neuen Programmparteien dargestellt. In diesem ersten Analyseschritt werden Durchschnittsergebnisse mitgeteilt und diskutiert. Sie beziehen sich bei der ersten Wahl auf 18, bei der zweiten Wahl auf zehn Länder. Dieses Vorgehen entspricht dem allgemeinen Geltungsanspruch der Ausgangsthese, nach der sich bereits bei der ersten Wahl die sozio-kulturellen und die reformierten kommunistischen Parteien etablieren. Die Angaben zur Entwicklung der Stärkeverhältnisse der Parteifamilien beziehen sich nur auf die zehn Länder, in denen bereits zwei Parlamentswahlen stattgefunden haben. Eine Zunahme der Stärke der neuen

Tabelle 2: Parteifamilien und ihre Stärke in Osteuropa: Die ersten Parlamentswahlen

| Länder | KON | LIB | ÖKO | SOZ | KOM | NAT | BAU | CHR | ETH | Ges. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| DDR (3/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 3 | 1 | 1 | 1 | 0 | 1 | 3 | 0 | 10 |
| % Sitze | 0,0 | 8,7 | 2,0 | 22,0 | 16,5 | 0,0 | 2,2 | 48,1 | 0,0 | 99,5 |
| ESTLAND (9/92) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 3 | 0 | 0 | 1 | 2 | 0 | 0 | 1 | 7 |
| % Sitze | 0,0 | 34,7 | 0,0 | 0,0 | 16,8 | 38,6 | 0,0 | 0,0 | 7,9 | 98,0 |
| LETTTLAND (6/93) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 2 | 0 | 0 | 1 | 2 | 1 | 1 | 1 | 8 |
| % Sitze | 0,0 | 18,0 | 0,0 | 0,0 | 36,0 | 21,0 | 12,0 | 6,0 | 7,0 | 100,0 |
| Litauen (6/93) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 0 | 1 | 1 | 2 | 0 | 1 | 1 | 7 |
| % Sitze | 0,0 | 1,4 | 0,0 | 5,7 | 51,8 | 23,4 | 0,0 | 12,8 | 2,8 | 97,9 |
| POLEN (10/91) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 4 | 0 | 2 | 1 | 2 | 2 | 4 | 2 | 17 |
| % Sitze | 0,0 | 25,7 | 0,0 | 6,8 | 13,1 | 10,9 | 16,6 | 22,3 | 1,9 | 97,3 |
| TSCHECHIEN (6/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 1 | 4 |
| % Sitze | 0,0 | 63,5 | 0,0 | 0,0 | 16,0 | 0,0 | 0,0 | 9,5 | 11,0 | 100,0 |
| SLOWAKEI (6/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 2 | 1 | 0 | 1 | 1 | 0 | 1 | 1 | 7 |
| % Sitze | 0,0 | 367 | 4,0 | 0,0 | 14,7 | 14,7 | 0,0 | 20,7 | 9,3 | 100,1 |
| UNGARN (4/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 2 | 0 | 0 | 1 | 0 | 1 | 2 | 0 | 6 |
| % Sitze | 0,0 | 29,5 | 0,0 | 0,0 | 8,5 | 0,0 | 11,1 | 47,9 | 0,0 | 97,0 |
| SLOWENIEN (4/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 3 | 1 | 1 | 2 | 0 | 1 | 1 | 1 | 10 |
| % Sitze | 0,0 | 28,8 | 10,0 | 7,5 | 23,8 | 0,0 | 13,8 | 13,8 | 2,5 | 100,2 |
| KROATIEN (5/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 2 |
| % Sitze | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 25.0 | 69,2 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 94,2 |
| BOSNIEN-HERZEGOWINA (12/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 0 | 4 | 6 |
| % Sitze | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 22,3 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 74,6 | 96,9 |
| MONTENEGRO (12/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 0 | 2 | 4 |
| % Sitze | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 80,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 20,0 | 100,0 |
| SERBIEN (12/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 0 | 0 | 2 | 1 | 1 | 0 | 2 | 7 |
| % Sitze | 0,0 | 2,8 | 0,0 | 0,0 | 78,4 | 7,2 | 0,8 | 0,0 | 3,6 | 92,8 |
| MAZEDONIEN (12/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 0 | 0 | 1 | 4 | 1 | 0 | 0 | 2 | 8 |
| % Sitze | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 3,3 | 41,7 | 30,8 | 0,0 | 0,0 | 20,8 | 96,6 |
| BULGARIEN (6/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 0 | 1 | 5 |
| % Sitze | 0,0 | 36,0 | 0,0 | 0,0 | 52,8 | 0,5 | 4,0 | 0,0 | 5,8 | 99,1 |
| RUMÄNIEN (5/90) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 2 | 1 | 2 | 1 | 2 | 1 | 1 | 11 |
| % Sitze | 0,0 | 7,3 | 5,0 | 0,6 | 67,7 | 2,3 | 5,3 | 0,5 | 7,3 | 96,0 |
| ALBANIEN (4/91) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 3 |
| % Sitze | 0,0 | 30,0 | 0,0 | 0,0 | 67,6 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 2,0 | 99,6 |
| GEORGIEN (10/92) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 4 | 1 | 2 | 2 | 6 | 0 | 1 | 0 | 16 |
| % Sitze | 0,0 | 23,7 | 4,9 | 1,8 | 17,0 | 20,0 | 0,0 | 6,7 | 0,0 | 74,1 |
| Gesamtanzahl der Parteien | 0 | 29 | 6 | 9 | 27 | 20 | 10 | 16 | 21 | 138 |
| Durchschnitt % Sitze | 0 | 19,3 | 1,4 | 2,7 | 36,1 | 13,3 | 3,7 | 10,5 | 9,8 | 96,6 |

Tabelle 3: Parteifamilien und ihre Stärke in Osteuropa: Die zweiten Parlamentswahlen

| Land | KON | LIB | ÖKO | SOZ | KOM | NAT | BAU | CHR | ETH | Ges. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| POLEN (9/93) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 1 | 6 |
| % Sitze | 0,0 | 16,1 | 0,0 | 8,9 | 37,2 | 4,8 | 28,7 | 0,0 | 0,9 | 96,6 |
| TSCHECHIEN (6/92) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 3 | 0 | 1 | 1 | 1 | 0 | 1 | 1 | 8 |
| % Sitze | 0,0 | 53,0 | 0,0 | 8,0 | 17,5 | 7,0 | 0,0 | 7,5 | 7,0 | 100,0 |
| SLOWAKEI (6 92) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 2 | 0 | 1 | 1 | 5 |
| % Sitze | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 19,3 | 59,3 | 0,0 | 12,0 | 9,3 | 99,9 |
| SLOWENIEN (12/92) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 2 | 1 | 1 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 9 |
| % Sitze | 0,0 | 31,1 | 5,6 | 4,4 | 15,6 | 24,4 | 0,0 | 16,7 | 0,0 | 97,8 |
| KROATIEN (8/91) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 2 | 0 | 0 | 1 | 2 | 1 | 0 | 2 | 8 |
| % Sitze | 0,0 | 14,4 | 0,0 | 0,0 | 8,0 | 65,1 | 2,2 | 0,0 | 6,5 | 96,2 |
| MONTENEGRO (12/92) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 2 | 5 |
| % Sitze | 0,0 | 15,5 | 0,0 | 4,8 | 53,6 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 26,2 | 100,1 |
| SERBIEN (12/92) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 0 | 0 | 2 | 2 | 1 | 0 | 2 | 8 |
| % Sitze | 0,0 | 2,4 | 0,0 | 0,0 | 41,2 | 49,2 | 1,2 | 0,0 | 5,6 | 99,6 |
| BULGARIEN (10/91) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 3 |
| % Sitze | 0,0 | 45,8 | 0,0 | 0,0 | 44,2 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 10,0 | 100,0 |
| RUMÄNIEN (5/92) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 0 | 0 | 3 | 2 | 0 | 0 | 1 | 7 |
| % Sitze | 0,0 | 24,0 | 0,0 | 0,0 | 50,7 | 13,5 | 0,0 | 0,0 | 7,9 | 96,1 |
| ALBANIEN (3/92) | | | | | | | | | | |
| n Parteien | 0 | 1 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 4 |
| % Sitze | 0,0 | 65,7 | 0,0 | 5,0 | 27,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 1,4 | 99,2 |
| Gesamtzahl der Parteien | 0 | 13 | 1 | 5 | 14 | 12 | 3 | 3 | 12 | 63 |
| Durchschnitt % Sitze | 0,0 | 26,8 | 0,6 | 3,1 | 31,4 | 22,3 | 3,2 | 3,6 | 7,5 | 98,6 |

Programmparteien wird als Unterstützung der Annahme gewertet, daß die Wähler Inhalte und Konsequenzen der neuen Programme erst in einem längeren Zeitraum lernen und erfahren müssen, bevor sie durch Wahlverhalten von den neuen Angeboten auch in breiterem Maße Gebrauch machen.

## Die sozio-kulturellen Parteien

*Die nationalen und nationalistischen Parteien*

Die militante Vertretung des Gedankens der Nation nach innen und außen ist zentrales Element der Wahlwerbung der nationalen und nationalistischen Parteien. Sie sind einerseits in den Ländern entstanden, die um ihre

Unabhängigkeit kämpfen mußten. Andererseits fanden sie Unterstützung in Ländern mit ethnischen Minderheiten oder solchen mit einer größeren Diaspora. Auf die Schwierigkeiten der Abgrenzung der nationalen oder nationalistischen Parteien haben wir bereits hingewiesen. Sie sind um so größer, je stärker die Frage der staatlichen Unabhängigkeit oder die ethnischer Probleme die politische Agenda eines Landes prägen. Hier sind dann alle Parteien in irgendeiner Weise national oder nationalistisch eingestellt. Für unsere Untersuchung galt die Regel, nur jene Parteien in die Kategorie der nationalen oder nationalistischen Parteien einzuordnen, die diese Position im Vergleich zu den anderen konkurrierenden Parteien mit besonderer Priorität versehen haben.

Insgesamt haben bei der ersten Parlamentswahl 20 nationale oder nationalistische Parteien Parlamentssitze errungen. Ihr durchschnittlicher Mandatsanteil betrug bei der ersten Wahl 13,3 Prozent, bei der zweiten Wahl 22,3 Prozent. Bezogen auf die Länder mit zwei Parlamentswahlen, gelang den nationalen oder nationalistischen Parteien mit 11,8 Prozentpunkten bei der zweiten Parlamentswahl im Vergleich zu den anderen Parteifamilien die höchste Steigerungsrate. Die Slowakei und Serbien trugen dazu vor allem bei. In der Slowakei ging es dabei um die Sezession von Tschechien, in Serbien um den Krieg in Bosnien-Herzegovina und um Kosovo.

*Die ethnischen Parteien*

Ethnische Parteien grenzen sich von den nationalen oder nationalistischen Parteien dadurch ab, daß sie in erster Linie die kulturellen Interessen ethnischer Minderheiten vertreten. In den aus den ersten Wahlen hervorgegangenen Parlamenten sind 21 ethnische Parteien vertreten. Sie haben bei der ersten Wahl im Durchschnitt 9,8 Prozent der Sitze, bei der zweiten Wahl 7,5 Prozent der Sitze gewonnen. In den zehn Ländern mit zwei Parlamentswahlen haben die ethnischen Parteien ihren relativen Sitzanteil im Zeitvergleich jedoch leicht (+1,2 Prozentpunkte) steigern können.

Der Befund für die ethnischen Parteien muß mit Vorsicht interpretiert werden. Viel spricht dafür, daß die Stärke der ethnischen Parteien unterschätzt wird. Zum einen haben bestimmte ethnische Minderheiten, die selbst nach Autonomie streben, die Wahlen boykottiert. Dies gilt beispielsweise für die Kosovo-Albaner in Serbien oder für die Abchasen (die Wahldistrikte Gudauta und Tkvarcheli) und die Süd-Osseten (die Wahldistrikte Dzhava und Tskhinvali) in Georgien. Zum anderen wurden wesentliche Teile ethnischer Minderheiten, vor allem in Estland und Lettland, durch Staatsbürgerschaftsregelungen von den ersten Wahlen ausgeschlossen.

*Die christlich-demokratischen Parteien*

Die Bewahrung christlicher Werte und die Stärkung des Einflusses, insbesondere der katholischen Kirche, gehören zu den Zielsetzungen der christlich-demokratischen Parteien. 16 christlich-demokratische Parteien haben bei den ersten Wahlen 10,5 Prozent, bei den zweiten Wahlen 3,6 Prozent der Sitze errungen. Ihr Gewicht hat sich in den Ländern mit zwei Parlamentswahlen um 3,1 Prozentpunkte verringert. Auch hier verdecken die Durchschnitte sehr große nationale Unterschiede. Die Spannweite beträgt 48,1 Prozent. Die Interpretation der Veränderung von der ersten zur zweiten Wahl muß vor allem berücksichtigen, daß die christlich-demokratischen Parteien den Einzug in das polnische Parlament 1993 nicht geschafft haben. Dadurch ist der Sitzanteil der christlich-demokratischen Parteien in Polen von 22,3 Prozent auf Null zurückgegangen.

*Die Bauernparteien*

Bauernparteien haben, insgesamt betrachtet, auch dort, wo es historische Vorläufer gab, weder bei den ersten noch bei den zweiten Wahlen Fuß fassen können. Dies spricht auf den ersten Blick gegen die Hypothese, daß sie besonders auf Unterstützung durch die historische Vertrautheit rechnen können. Der negative Befund kann auf die Folgen der Kollektivierung der Landwirtschaft und die Entwicklung einer Agrarindustrie zurückgeführt werden. Die strukturprägende Kraft kleinbäuerlicher Lebensweise für den ländlichen Raum ist dadurch ausgelöscht worden. Den Bauernparteien fehlt in der Ausgangssituation der Entwicklung der Parteiensysteme die bäuerliche Klientel und das kleinbäuerlich geprägte ländliche Milieu. Wo dies allerdings noch vorhanden ist, wie etwa in Polen, spricht der Befund eher für die Hypothese.

Durchschnittlich gewannen die Bauernparteien bei der ersten Wahl 3,7 Prozent, bei der zweiten Wahl 3,2 Prozent der Sitze. In den zehn Vergleichsländern verloren sie von der ersten zur zweiten Wahl 0,9 Prozentpunkte. In Polen, einem Land mit einer kleinbäuerlichen Schicht, die den Kommunismus überdauert hat, sieht die Entwicklung dagegen anders aus. Hier hatten die Bauernparteien sowohl 1991 (16,1 Prozent) als auch 1993 (28,7 Prozent) die vergleichsweise besten Ergebnisse. Der Anteil der Parlamentssitze nahm um 12,1 Prozentpunkte zu.

*Die reformierten kommunistischen Parteien*

In allen Ländern haben sich sowohl bei der ersten als auch bei der zweiten Parlamentswahl Parteien zur Wahl gestellt, die klar erkennbar aus den ehemaligen kommunistischen Parteien hervorgegangen sind. Alle diese

Parteien standen vor dem Dilemma, die alten diskreditierten Programme der kommunistischen Parteien revidieren zu müssen. Das Dilemma wurde in der Regel durch Formulierung populistisch wohlfahrtsstaatlicher Positionen gelöst, die von denen sozialdemokratischer Parteien kaum zu unterscheiden waren. Hierzu traten, vor allem Länder, die nach staatlicher Unabhängigkeit strebten, oder solchen mit ethnischen Konflikten, radikal nationale Positionen. In jedem Falle aber wurden die alten kommunistischen Programme reformiert. Aus diesem Grunde werden die Nachfolgeparteien der Kommunisten in dieser Analyse als reformierte kommunistische Parteien bezeichnet.

1990 kamen in den 18 Ländern 27 reformierte kommunistische Parteien in die Parlamente. Sie errangen im Durchschnitt 36,1 Prozent der Mandate in der ersten und 31,4 Prozent in der zweiten Parlamentswahl. Bezogen auf die Länder mit zwei Parlamentswahlen, ist ihr Anteil um 12,5 Prozentpunkte gesunken. Dennoch sind die Nachfolgeparteien der Kommunisten auch bei der zweiten Wahl im Durchschnitt, wenngleich knapp, die in Osteuropa stärksten Parteien geblieben. Auch hier verdecken die Durchschnittszahlen große Unterschiede zwischen den Ländern. In den Balkanländern, Litauen und Lettland waren die reformierten Kommunisten vergleichsweise am stärksten. In Montenegro erreichten sie 1990 mit 80,0 Prozent der Sitze den bisher höchsten Anteil. In den mitteleuropäischen Ländern waren die reformierten kommunistischen Parteien dagegen sehr viel schwächer. In Ungarn erzielten sie ihr schlechtestes Ergebnis mit 8,5 Prozent. Dieses Muster kann sich, betrachtet man etwa die Entwicklung in Polen, jedoch in Zukunft noch ändern. Hier konnten sich die ehemaligen Kommunisten von einem Anteil von 13,1 Prozent der Sitze auf einen Anteil von 37,2 Prozent der Sitze steigern.

## Die neuen Programmparteien

*Die sozialdemokratischen Parteien*

Als Neugründungen hatten es die sozialdemokratischen Parteien organisatorisch schwer. Wo es historische sozialdemokratische Parteien gegeben hatte, gab es zudem keine oder viel zu alte sozialdemokratische Führungsgruppen aus der vorkommunistischen Zeit. Die neue Sozialdemokratie hatte aber auch damit zu kämpfen, daß sich ihre Programmatik und die der reformierten kommunistischen Parteien kaum unterscheiden. Hinzu kommt, daß sozialdemokratische Problemlösungsangebote, vor allem in dem wichtigen Bereich der Wirtschaftspolitik, vor dem Hintergrund der Leistungen des kommunistischen Regimes von den Wählern als nicht attraktiv empfunden wurden. Markt, nicht Staatseingriff war das Zauberwort

bei den ersten Wahlen. Trotz niedriger Erwartungen wurde das Abschneiden sozialdemokratischer Parteien bei den ersten und auch bei den zweiten Wahlen in allen osteuropäischen Ländern als schlecht gewertet. Im Durchschnitt kamen sozialdemokratische Parteien in der ersten Parlamentswahl auf 2,7 Prozent der Sitze, in der zweiten Wahl waren es 3,1 Prozent. In den Ländern mit zwei Parlamentswahlen verbesserten sich die Sozialdemokraten um 1,6 Prozentpunkte.

*Die ökologischen Parteien*

Umweltgruppen haben in den meisten osteuropäischen Ländern bereits zu einem frühen Zeitpunkt ökologische Fragen thematisiert. Sie haben dieses Thema auch aktiv in die großen antikommunistischen Bewegungen eingebracht und so zum Zusammenbruch der kommunistischen Regimes beigetragen. Trotz der enormen Umweltprobleme konnten ökologische Parteien in den ersten Wahlen keinen besonderen Erfolg verbuchen. Sie waren nur in fünf der 18 Parlamente mit bescheidenen Sitzanteilen vertreten (Slowenien 10,0%; Rumänien 5,0%; Georgien 4,9%; Slowakei 4,0%; DDR 2,0%). In den zweiten Wahlen konnten die Ökologen nur noch in das slowenische Parlament einziehen (5,6%). In den zehn Vergleichsländern verloren die ökologischen Parteien noch einmal 1,3 Prozentpunkte.

*Die liberalen Parteien*

Liberale Prinzipien, wie die Forderung nach dem Ausbau eines Verfassungs- und Rechtsstaates, der die Willkür des Staates ausschließt und die Gewährleistung von Grundrechten sichert, waren in den Programmen fast aller osteuropäischen Parteien zu finden, die bei den ersten Wahlen in die Parlamente gelangt sind. Forderungen dieser Art finden sich auch in den Programmen der großen demokratischen Wahlbündnisse, die gegen die ehemaligen Kommunisten angetreten sind. Dies gilt für das Bürgerforum in Tschechien, für die Öffentlichkeit gegen Gewalt in der Slowakei oder die Demokratische Konvention Rumäniens, um nur einige Beispiele zu nennen. Durch die besondere politische Situation, die durch die Probleme des Aufbaus einer liberalen Demokratie gekennzeichnet ist, werden typisch liberale Anliegen und Positionen in den programmatischen Profilen nahezu aller Parteien in überdurchschnittlicher Weise betont.

Bei den „founding elections" haben 29 liberale Parteien mit mindestens zwei Mandaten den Sprung ins Parlament geschafft. Sie stellen in den ersten Wahlen mit durchschnittlich 19,3 Prozent der Sitze die zweitstärkste Parteifamilie nach den reformierten kommunistischen Parteien. Bei der zweiten Wahl kamen die Liberalen auf 26,8 Prozent der Sitze. Insgesamt

haben die liberalen Parteien in Mitteleuropa ein größeres Gewicht als auf dem Balkan, doch sind die Unterschiede zwischen den Ländern nicht so ausgeprägt wie bei den reformierten kommunistischen Parteien. Die Stärke der liberalen Parteien hat in den Parlamenten der zehn Vergleichsländer bei der zweiten Wahl um 3,7 Prozentpunkte zugenommen. Diese Entwicklung wird Gegenstand weiterer Detailanalysen sein.

*Die konservativen Parteien*

Parteien mit einer klassisch konservativen Programmatik haben bisher keine Sitze in den osteuropäischen Parlamenten erringen können. Für eine Bewahrung des Status quo oder für eine Rückkehr zur kommunistischen Vergangenheit treten, wenn überhaupt, nur die reformierten kommunistischen Parteien ein. Sie sind die strukturkonservativen Parteien sui generis. Neue politische Unternehmer haben das klassich konservative Programm entweder gar nicht aufgegriffen, oder sie sind damit nicht sonderlich erfolgreich gewesen. Es wird wohl noch eine Weile dauern, bis auch dieser Parteientyp in Osteuropa Wurzeln schlägt.

## Auftreten, Stärkeverhältis und Entwicklung der drei Gruppen der Parteifamilien: Zusammenfassung der Ergebnisse

Bis auf Kroatien, Bosnien-Herzogowina und Montenegro sind in allen 18 Ländern, die bereits eine Parlamentswahl mit Parteienwettbewerb durchgeführt haben, Parteien angetreten, die einer der drei hier unterschiedenen Gruppen von Parteifamilien zugerechnet wurden. In den drei genannten Ländern, in denen das nicht der Fall war, fehlte bezeichnenderweise ein Angebot aus der Gruppe der neuen Programmparteien.

67 sozio-kulturell basierte Parteien konnten in allen 18 Ländern mindestens zwei Abgeordnete in die Parlamente bringen. Ihre durchschnittliche Stärke betrug 37,3 Prozent. Die reformierten kommunistischen Parteien kandidierten ebenfalls in allen hier betrachteten Ländern. 27 Parteien konnten durchschnittlich 36,1 Prozent der Parlamentssitze für diese Parteifamilie gewinnen. Die neuen Programmparteien traten in 15 der 18 Länder mit insgesamt 44 verschiedenen Parteien an. Sie erreichten mit 23,4 Prozent den geringsten Sitzanteil in den Parlamenten. Nach diesem Befund sind die reformierten kommunistischen Parteien Ankerpunkt in den neu entstehenden Parteiensystemen, die in erster Linie um die sozio-kulturellen und in zweiter Linie um die neuen Programmparteien ergänzt werden. Dies ist auch deshalb ein interessanter Befund, weil er die Annahme der totalen Diskreditierung der ehemaligen Kommunisten stark relativiert, die

durch die kommunistische Herrschaft ungebrochene Kraft der sozio-kulturellen Spaltungen unterstreicht und auf den langen und mühsamen Weg der neuen Programmparteien aufmerksam macht.

Die neuen Programmparteien sollen, so die These, im Zeitverlauf an Gewicht zunehmen. Diese Annahme konnte durch den Vergleich der ersten und zweiten Wahlen in zehn Ländern ansatzweise überprüft werden. Die reformierten kommunistischen und die sozio-kulturellen Parteien waren in allen zehn Ländern, die bereits zwei Parlamentswahlen mit Parteienwettbewerb gehabt haben, in beiden Parlamenten mit mindestens zwei Abgeordneten vertreten. Neue Programmparteien fehlten unter dieser Bedingung bei der ersten Parlamentswahl in Kroatien und Montenegro, bei der zweiten in der Slowakei. Durchschnittlich nahm die Zahl der in den Parlamenten vertretenen reformorientierten und der sozio-kulturellen Parteien um vier Parteien von 22 bzw. 34 auf 18 bzw. 30 ab. Die Zahl der reformierten kommunistischen Parteien blieb mit 14 gleich. Insgesamt verloren die reformierten kommunistischen Parteien 12,5 Prozentpunkte der Sitze im Parlament. Die sozio-kulturellen Parteien gewannen durchschnittlich 9,0, die neuen Programmparteien 4 Prozentpunkte. Aus diesem Befund ergibt sich ein Anhaltspunkt für die Annahme, daß die neuen Programmparteien bei der zweiten Wahl an Gewicht zunehmen sollten. Dieses Ergebnis muß aber im Zusammenhang mit dem stärker steigenden Stimmenanteil auch der sozio-kulturellen Parteien (insbesondere der nationalen oder nationalistischen Parteien) gesehen werden. Hinzu kommt der im Durchschnitt gesunkene Stimmenanteil der reformierten kommunistischen Parteien. Zusammenfassend kann man feststellen, daß von der ersten zur zweiten Wahl in Osteuropa bis gegen Ende 1993 der Einfluß der reformierten kommunistischen Parteien gesunken und der Einfluß der sozio-kulturellen und der neuen Programmparteien gestiegen ist. Die Schwäche der Entwicklung zeigt aber, daß die Lernprozesse, die gegenwärtig stattfinden, offensichtlich komplexer als erwartet sind.

## Politische und konfessionelle historische Tradition und ethnische Bevölkerungsstruktur als Bestimmungsgründe des Auftretens und der relativen Stärke der Parteifamilien

Schon die kursorische Betrachtung hat gezeigt, daß die Durchschnitte große Unterschiede zwischen den Ländern verdecken. Im zweiten Analyseschritt sollen diese Unterschiede auf die Verschiedenheiten der sozio-kulturellen Spaltungen in den osteuropäischen Ländern bezogen werden.

Die Datenbasis für die Analyse von Zusammenhängen zwischen sozialen und kulturellen Spannungslinien und der Stärke politischer Parteifamilien ist schmal. Es können nur erstens die historische politische, zweitens die konfessionelle Tradition und drittens die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerungen betrachtet werden.

## Die historische politische Tradition

Die historische politische Tradition wird bestimmt durch die Zugehörigkeit der Länder zu den Einflußbereichen der drei großen Reiche, die Osteuropa in den vergangenen Jahrhunderten beherrscht haben. Dies sind die Habsburger einerseits und die Osmanen und die Russen andererseits. Es wird angenommen, daß die Völker und Staaten im Einflußbereich der politisch strikt autoritären Regime der Osmanen und der russischen Zaren weniger Spielraum für die Entwicklung von Elementen einer demokratischen politischen Kultur gehabt haben als die Ländereien und Staaten des vergleichsweise toleranteren, dezentral organisierten Reiches der Habsburger. Hier gilt die These, daß sich die reformierten kommunistischen Parteien in den von autoritärer Tradition geprägten Ländern in der Übergangsphase zur Demokratie besser halten können.

## Die traditionelle konfessionelle Struktur

In den hier betrachteten Staaten sind die protestantische, die katholische, die orthodoxe und die moslemische Kirche vertreten. Die konfessionelle Tradition ist mit der politischen eng verbunden. Die katholische Kirche dominierte im Einflußbereich der Habsburger, die orthodoxe Kirche und der Islam in dem der Russen und Osmanen. Dabei muß beachtet werden, daß es zur Zeit der Türkenherrschaft die orthodoxe Kirche war, die die nationalen Identitäten der Völker bewahrt hat (Kerr 1992).

Zur Beschreibung der traditionellen Konfessionsstruktur wird festgehalten, welche Konfession dominiert und, wenn es noch weitere, größere Konfessionsgruppen gibt, welches die konfessionellen Minderheiten sind. Von den vielen möglichen Zusammenhängen mit der Stärke der Parteifamilien interessieren im Rahmen dieser Analyse nur zwei. Es wird geprüft, ob die Stärke der christlich-demokratischen Parteien mit der katholischen Tradition und die Stärke der nationalen und nationalistischen Parteien mit der orthodoxen Tradition kovariieren.

Tabelle 4: Historische politische und konfessionelle Struktur

| Länder | Konfession | | | | Reiche | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Prot. | Kath. | Orth. | Mosl. | Osman. | Habs. | Russ. |
| DDR | ×× | × | | | | | |
| Estland | ×× | | × | | | | × |
| Lettland | ×× | × | × | | | | × |
| Litauen | | ×× | × | | | | × |
| Polen | | ×× | | | | | |
| Tschechien | × | ×× | | | | × | |
| Slowakei | × | ×× | | | | × | |
| Ungarn | × | ×× | | | | × | |
| Slowenien | | ×× | | | | × | |
| Kroatien | | ×× | × | | | × | |
| Bosnien-Herzegowina | | × | × | ×× | × | | |
| Montenegro | | | ×× | × | × | | |
| Serbien | | | ×× | × | × | | |
| Mazedonien | | | ×× | × | × | | |
| Bulgarien | | | ×× | × | × | | |
| Rumänien | | × | ×× | | × | | |
| Albanien | | × | × | ×× | × | | |
| Georgien | | | ×× | × | × | | × |

Anmerkung: Prot. = protestantische Tradition; Kath. = katholische Tradition; Orth. = orthodoxe Tradition; Mosl. = moslemisch Tradition
×× = dominant; × = nicht dominant bzw. Minderheit

## Die ethnische Struktur

Die ethnische Struktur wird durch zwei Indikatoren gemessen, erstens durch den prozentualen Anteil der ethnischen Majorität und zweitens durch den prozentualen Anteil der größten ethnischen Minorität. Der erste Indikator mißt den Grad ethnischer Homogenität, der zweite die Größe der sozialen Basis für eine ethnische Partei. Die These ist in diesem Fall einfach zu formulieren. Es wird erwartet, daß die Stärke ethnischer Parteien mit dem Grad ethnischer Heterogenität steigt.

Die besprochenen Indikatoren sind in den Tabellen 4 und 5, auf die hier betrachteten Länder bezogen, noch einmal überblicksartig zusammengestellt.

# Politische Tradition, sozio-kulturelle Struktur und die Stärke der Parteifamilien: Ergebnisse der empirischen Analyse

Der Zusammenhang zwischen politischer Tradition und den sozio-kulturellen Strukturmerkmalen auf der einen Seite und der Stärke der relativen

Tabelle 5: Ethnische Zusammensetzung der Bevölkerungen

| Länder | Ethnische Gruppen | |
|---|---|---|
| | Dominante ethnische Gruppe | Ethnische Minoritäten |
| DDR | 99% Deutsche | |
| Estland | 65% Esten | 30% Russen |
| | | 3% Ukrainer |
| Lettland | 52% Letten | 34% Russen |
| | | 5% Weißrussen |
| | | 4% Ukrainer |
| Littauen | 80% Litauer | 9% Russen |
| | | 7% Polen |
| | | 2% Weißrussen |
| Polen | 99% Polen | |
| Tschechien | 94% Tschechen | 4% Slowaken |
| Slowakei | 87% Slowaken | 11% Ungarn |
| Ungarn | 97% Ungarn | 2% Deutsche |
| Slowenien | 91% Slowenen | 3% Kroaten |
| Kroatien | 70% Kroaten | 12% Serben |
| Bosnien-Herzegowina | 40% Albaner/Moslems | 32% Serben |
| | | 18% Kroaten |
| Montenegro | 68% Montenegriner | 20% Albaner/Moslems |
| Serbien | 85% Serben | 10% Albaner/Moslems |
| Mazedonien | 67% Mazedonier | 22% Albaner/Moslems |
| | | 2% Serben |
| Bulgarien | 85% Bulgaren | 8% Türken |
| | | 3% Roma |
| Rumänien | 88% Rumänen | 8% Ungarn |
| Albanien | 97% Albaner | 2% Griechen |
| Georgien | 70% Georgier | 8% Armenier |
| | | 6% Russen |
| | | 6% Aseri |
| | | 3% Osseten |

Sitzanteile der einzelnen Parteifamilien in den Parlamenten auf der anderen Seite wird mit Hilfe des Pearsonschen Korrelationskoeffizienten gemessen. Von einem Zusammenhang wird dann gesprochen, wenn ein Signifikanzniveau von ,10 erreicht wird. Wegen der geringen Fallzahl bei der zweiten Wahl wird die Analyse nur für die erste Wahl, für die „founding election", vorgelegt.

Der erwartete Zusammenhang zwischen der Stärke der Kommunisten und der historisch autoritär geprägten politischen Tradition zeigt sich mit großer Klarheit (vgl. Tabelle 6). Weitere signifikante Beziehungen ergeben sich für die christlich-demokratischen und die liberalen Parteien. Sie sind in Ländern mit habsburgischer Tradition stärker und in denen der osmanischer oder russischer Tradition schwächer vertreten. Im Falle der Christde-

mokraten kann der positive Zusammenhang aber auch auf den Faktor Konfession zurückgeführt werden, der vom Indikator für die historische politische Tradition in diesem Fall kaum getrennt werden kann.

Betrachtet man die Beziehungen zwischen der konfessionellen Tradition und der Stärke der Parteifamilien in den Parlamenten, dann zeigt sich die für die christlich-demokratische Parteien erwartete Beziehung (vgl. Tabelle 7). Sie können also schon bei den ersten Wahlen auf die Unterstützung der Katholiken zählen. Eine signifikante Beziehung zwischen katholischer Dominanz und Stärke der Parteifamilie ergibt sich auch für die Bauernparteien. Da die wenigen Bauernparteien, um die es sich konkret handelt, stark katholisch geprägt sind, ist auch diese Beziehung plausibel. In Ländern, die von der orthodoxen Kirche geprägt sind, sollten die Parteien der nationalen und nationalistischen Parteifamilie stark sein. Dies trifft für die Länder mit starken orthodoxen Minoritäten auch zu. Dieser Zusammenhang paßt gut zur langen Tradition der orthodoxen Kirche als Wahrer nationaler Identität. Der hohe Zusammenhang zwischen der Stärke der reformierten kommunistischen Parteien und orthodoxer Dominanz könnte mit zur Erklärung der nationalistischen Tendenzen in der Programmatik dieser Parteien beitragen.

Die Stärke ethnischer Parteien sollte, so die These, mit dem Grad der ethnischen Heterogenität ansteigen. Auch dieser Zusammenhang zwischen der sozio-kulturellen Struktur und der Stärke der Parteifamilien wird durch die empirische Analyse bestätigt (vgl. Tabelle 8).

Der Nachweis der Zusammenhänge von sozio-kultureller Struktur und der Stärke der sozio-kulturellen Parteien erklärt die strukturprägende Kraft dieser Konfliktlinien für die neu entstehenden Parteiensysteme Osteuropas. Diese Parteien konnten schon bei der ersten Wahl die Interessen so-

Tabelle 6: Historische politische Tradition und die Stärke der Parteifamilien in den Parlamenten

| | Habsburg | Osmanen/Russen |
|---|---|---|
| Lib | **.44** | **–.35** |
| Öko | .31 | –.07 |
| Soz | –.13 | **–.33** |
| Kom | **–.49** | **.66** |
| Nat | .12 | –.28 |
| Bau | .15 | **–.39** |
| Chr | **.32** | **–.56** |
| Eth | –.19 | .37 |

Zelleneingänge sind Pearsonsche Korrelationskoeffizienten. Hervorgehobene Koeffizienten sind auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant.

Tabelle 7: Konfessionelle Tradition und die Stärke der Parteifamilie in den Parlamenten

| | Katholisch | | Protestantisch | | Orthodox | | Moslem | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Dom[a] | Min[b] | Dom | Min | Dom | Min | Dom | Min |
| Lib | **.33** | –.23 | .03 | **.61** | –.31 | –.21 | –.09 | –.24 |
| Öko | .16 | –.01 | –.13 | –.02 | .06 | **–.38** | –.19 | –.11 |
| Soz | .03 | .22 | .39 | –.22 | –.23 | –.23 | –.18 | –.19 |
| Kom | **–.48** | .16 | –.25 | **–.44** | **.61** | .01 | .13 | **.47** |
| Nat | .16 | –.30 | .16 | –.21 | –.12 | **.48** | –.26 | –.05 |
| Bau | **.33** | .03 | .09 | .00 | –.25 | –.21 | –.24 | –.30 |
| Chr | **.40** | .04 | .22 | **.46** | **–.42** | **–.35** | –.25 | **–.38** |
| Eth | –.28 | .30 | –.13 | –.08 | –.01 | .25 | **.60** | .01 |

Zelleneingänge sind Pearsonsche Korrelationskoeffizienten. Hervorgehobene Koeffizienten sind auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant.
a) Dominante Konfession
b) Größte konfessionelle Minorität

Tabelle 8: Ethnische Struktur und die Stärke der Parteifamilien im Parlament

| | Anteil der dominanten ethnischen Gruppe | Anteil der zweitgrößten ethnischen Gruppe |
|---|---|---|
| Lib | **.43** | **–.32** |
| Öko | .22 | –.30 |
| Soz | **.37** | **–.38** |
| Kom | –.03 | .06 |
| Nat | **–.38** | **.33** |
| Bau | .28 | –.21 |
| Chr | **.55** | **–.50** |
| Eth | **–.67** | **.60** |

Zelleneingänge sind Pearsonsche Korrelationskoeffizienten. Hervorgehobene Koeffizienten sind auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant.

zialer Gruppierungen aufnehmen und politisieren, deren Zusammenhalt auch die kommunistische Herrschaft überdauert hat

# Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Analyse ging davon aus, daß sich die neuen Demokratien Osteuropas als Parteiendemokratien entwickeln werden. Begründet wurde diese Behauptung mit der Vermittlungsfunktion, die Parteien in repräsentativ verfaßten Demokratien übernehmen. Die These, daß die Betrachtung der ersten Wahlen, der „founding elections", noch keine Aussagen über die künf-

tige Struktur der Parteiensysteme Osteuropas zulasse, wurde aufgegriffen und spezifiziert. Ihre Geltung wurde auf die Gruppe der neuen Programmparteien eingeengt. Diese Parteien haben politischen Ideologien zur Grundlage ihrer Programmatik gemacht, die den Wählern noch wenig vertraut sind. Die Wähler in solchen Ländern, in denen bereits zwei Parlamentswahlen stattgefunden haben, hatten in größerem Maße Gelegenheit gehabt, die neuen Ideologien kennenzulernen und in ihren Konsequenzen zu erfahren. Aus diesem Grund sei hier die Profilierungschance größer und damit ein Zuwachs der relativen Stärke der Programmparteien von der ersten auf die zweite Wahl wahrscheinlich. Diese Entwicklung wurde konkret für die Parteien der konservativen, liberalen, ökologischen und sozialdemokratischen Parteifamilien erwartet. Für die Nachfolgeparteien der ehemaligen kommunistischen Parteien konnte man dagegen von einem hohen Bekanntheitsgrad ausgehen. Darüber hinaus kann vermutet werden, daß sie bei den ersten Wahlen zumindest auf diejenigen zählen können, die durch die Revolution Privilegien verloren haben oder bedroht sehen. Die reformierten kommunistischen Parteien sollten also bereits bei den ersten Wahlen in den Parteiensystemen stark vertreten sein. Die Geltung der These von der geringen Bedeutung der „founding elections" für die Entwicklung der Parteiensysteme Osteuropas wurde hier weiterhin für die Parteien bestritten, die Wertinteressen sozio-kultureller Gruppierungen aufgreifen und politisieren. Solche Interessen, insbesondere konfessionelle und ethnische Interessen, so das Argument, seien selbst durch die langen Jahre kommunistischer Herrschaft nicht eingeebnet worden. Die Gruppe der sozio-kulturellen Parteien sollte also bei der ersten Wahl klar als ein Strukturelement der neuen Parteiensysteme erkennbar sein.

Zur Überprüfung dieser Hypothesen wurden die politischen Parteien aller postkommunistischer europäischen Ländern, in denen es mindestens eine Parlamentswahl mit Parteienkonkurrenz gegeben hat, zu Parteifamilien zusammengefaßt. In die Analyse einbezogen wurden die Parteien, die mit mindestens zwei Abgeordneten im Parlament vertreten waren. Ihre Stärke wurde durch den relativen Anteil der Sitze im Parlament bestimmt. In den 18 Ländern, die mindestens einmal gewählt haben, wurden 138 von insgesamt 140 Parteien nach Parteifamilien klassifiziert. In zehn Ländern wurde bereits zweimal gewählt. Hier konnten 63 von insgesamt 64 Parteien zugeordnet werden. Durch die Klassifikation der Parteien nach Parteifamilien wurde eine vergleichende Betrachtung zwischen den Ländern möglich. Durch den Vergleich der ersten und der zweiten Wahl in zehn Ländern ergaben sich erste Analysepunkte über Entwicklungstendenzen.

Als Ergebnis des ersten Analyseabschnitts kann festgehalten werden, daß sich die reformierten kommunistischen Parteien, die sozio-kulturellen Parteien mit Ausnahme der Bauernparteien und, aus der Gruppe der neu-

en Programmparteien, die Liberalen bereits bei der ersten Wahl fest in den Parteiensystemen etabliert haben. Bis auf den Erfolg der liberalen Parteien und den Mißerfolg der Bauernparteien entsprechen die Ergebnisse den Erwartungen. Bezogen auf die strukturell formulierte Hypothese, war der Erfolg der liberalen Parteifamilie unerwartet. Politisch findet dieser Erfolg jedoch eine plausible Erklärung. Die Liberalen waren der geborene Gegenspieler der alten Kommunisten, denn mit ihnen verband sich das Modell der liberalen Demokratie des Westens in erster Linie. Und es ist kein methodischer Artefakt, daß die meisten großen antikommunistischen Parteienbündnisse und Sammlungsbewegungen ihrer Programmatik wegen zur liberalen Parteifamilie gezählt werden mußten. Als Grund für den Mißerfolg der Bauernparteien in den meisten Ländern kann angeführt werden, daß mit der Kollektivierung der Landwirtschaft auch die soziale Gruppe der selbständigen Kleinbauern verschwunden ist, die die Bauernparteien in der Vergangenheit unterstützt haben. Wo sie, wie in Polen, das kommunistische Regime überlebten, hat sich auch der Erfolg der Bauernparteien eingestellt.

Durch den Vergleich der Ergebnisse der ersten und der zweiten Wahl sollte geprüft werden, ob sich Lerneffekte hinsichtlich der neuen Programmparteien ergeben haben. Das Ergebnis zeigt, daß sich die Stärke der neuen Programmparteien in den Parlamenten von der ersten zur zweiten Wahl um 4 Prozentpunkte erhöht hat. Dieser Befund spricht für die These. Gleichzeitig kann festgehalten werden, daß sich die Stärke der sozio-kulturellen Parteien um 9 Prozentpunkte gesteigert, die der reformierten kommunistischen Parteien um 12,5 Prozentpunkte verringert hat.

Diese allgemeinen Ergebnisse werden von Durchschnittszahlen abgeleitet, die zum Teil große Unterschiede zwischen den Ländern verdecken. Deshalb wurde in einem zweiten Analyseschritt geprüft, ob die Variation der Stärke der Parteifamilien in systematischer Weise mit sozio-kulturellen Merkmalen der osteuropäischen Länder zusammenhängt. Dies konnte für die Merkmale politische und konfessionelle Tradition und ethnische Heterogenität nachgewiesen werden. Diese sozio-kulturellen Spannungen haben bereits bei der ersten Wahl die Struktur der Parteiensysteme Osteuropas geprägt. Das gleiche gilt für die reformierten kommunistischen Parteien. Ob sich, wie im Ergebnis angedeutet, die Chancen für die neuen Programmparteien zukünftig verbessern, bleibt abzuwarten. Ihr relativ geringer Zuwachs von der ersten auf die zweite Wahl spricht dafür, daß man sich auf einen eher langfristigen Entwicklungsprozeß einstellen muß.

# Literatur


Bartolini, Stefano/Mair, Peter (1990): *Identity, Competition, and Electoral Availability.* Cambridge: Cambridge University Press

Bogdanor, Vernon (1990): „Founding elections and regime change." In: *Electoral Studies,* 9, S. 288–294

Castles, Francis G./Wildenmann, Rudolf (Hg.) (1986): *Visions and Realities of Party Government.* Berlin: de Gruyter

Cviic, Christopher (1991): *Remaking the Balkans.* London: Pinter

Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy.* New York: Harper Duverger, Maurice (1954): *Political Parties.* London: Methuen

Fuchs, Dieter (1993): *Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses.* Discussion Paper FS III 93–202. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Girvin, Brian (Hg.) (1988): *The Transformation of Contemporary Conservatism.* London: Sage

Irving, R.E.M. (Hg.) (1979): *The Christian Democratic Parties of Western Europe.* London: Alen & Unwin

Katz, Richard S./Mair, Peter (1992): *Changing Models of Party Organization: The Emergence of the Cartel Party.* Paper presented to the Workshop on Democracies and the Organization of Political Parties. ECPR Joint Sessions. University of Limerick, 30 March–4 April 1992

Kerr, D.A. (Hg.) (1992): *Religion, State and Ethnic Groups.* Aldershot: Dartmouth

Kirchner, Emil J. (Hg.) (1988): *Liberal Parties in Western Europe.* Cambridge: Cambridge University Press

Laver, Michael (1989): „Party competition and party system change. The interaction of coalition bargaining and electoral competition." In: *Journal of Theoretical Politics.* 1, S. 301–324

Müller-Rommel, Ferdinand (1993): *Grüne Parteien in Westeuropa.* Opladen: Westdeutscher Verlag

Oberndörfer, Dieter (Hg.) (1978): *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa 1: Südländer.* Opladen: Leske

Offe, Claus (1991): *Capitalism by Demoratic Design? Democratic Theory Facing the Triple Transition in East Central Europe.* Paper presented at the XVth World Congress of the International Political Science Association, Buenos Aires, 21–25 July 1991

Ost, David (1991): *The Generation of Interests in Post-Communist East Europe: Solidarity, the Incipient Bourgeoisie, and the Crisis of Liberal Democracy in Poland.* Paper presented at the XVth World Congress of the International Political Science Association, Buenos Aires, 21–25 July 1991

Paterson, William E./Thomas, Alastair, H. (Hg.) (1977): *Social Democratic Parties in Western Europe.* London: Croom Helm

Pomper, Gerald M. (1992): „Concepts of political parties." In: *Journal of Theoretical Politics,* 4, S. 143–159

*RFE/RL Research Reports,* Radio Free Europe, Radio Liberty, Inc.

Rühle, Hans/Veen, Hans-Joachim (Hg.) (1979): *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa 2: Nordländer.* Opladen: Leske

Sartori, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems:* Cambridge: Cambridge University Press

Schattschneider, E.E. (1942): *Party Government.* New York: Holt, Rinehart and Winston

Szajkowski, Bogdan (Hg.) (1991): *New Political Parties of Eastern Europe and the Soviet Union.* Harlow: Longman